

Leserbrief der BI B3 Am Straßberg **in voller Länge** zum Artikel
„So denkt die SPD über die B3 ([Artikel FNP am 14.8.2009](#))

Seit einigen Wochen – genauer gesagt seit Wahlkampfbeginn – beobachten wir, die Bürgerinitiative am Straßberg, das politische Gerangel in Karben. So entnehmen wir heute (14.8.09) zum wiederholten Male der Presse, dass wir Karbener Bürger umdenken müssen. Nicht die CDU mit ihren Koalitionspartnern ist die Autofahrerpartei – nein, wir haben es in Karben mit einem bundesweit einzigartigen Phänomen zu tun: Die SPD will den „Freeway“ (so die Bundestagtagsabgeordnete der SPD, Nina Hauer im Juli 09), die billigste und schnellste Variante der Westumfahrung Okarbens, ungeachtet der berechtigten Ängste und auf Kosten der Bewohner Okarbens, speziell des Straßbergs. Empörend empfinden die betroffenen Bürger Okarbens die von Frau Hauer getroffene Aussage (Karbener Zeitung, Juli 09), dass eine westlichere als die enge Ortsumfahrung Okarben die Petterweiler Bürger zu sehr benachteiligt. Man beachte: Es würde sich um eine Entfernung von **25 Metern** zu den Häusern am Straßberg und von einem **Kilometer** zum Stadtteil Petterweil handeln, was man den dortigen Parteigenossen offensichtlich nicht zumuten möchte.

Den Okärbern geht es wohl gemerkt gar nicht um die Verhinderung des Weiterbaus, sondern um eine Lösung, die diesem Stadtteil genauso gerecht wird, wie die Politiker es für BBW und Naturfreunde für selbstverständlich halten: Schmitt wörtlich: „Mit dem Ausbau der B3 und den dann erwarteten etwa 37.000 Autos pro Tag wird die Ruhe für das BBW und die Naturfreunde ein Ende haben“. Das sehen wir ganz genauso, Herr Schmitt, nur sollte nicht genau diese Befürchtung auch für den Straßberg gelten, der im Falle der vom Bund favorisierten Trasse so eng umfahren werden soll, dass die 37.000 Autos pro Tag unmittelbar an den Häusern der Bebauung entlang fahren?

Noch im April 09 versicherte Herr Schmitt der Bürgerinitiative persönlich, sich für eine Lösung stark machen zu wollen, die für Okarben genauso zufriedenstellend wäre wie für die anderen Stadtteile. So sei es seiner Meinung nach richtig und wichtig, die Pläne der Bahn abzuwarten, die den Gleisusbau bis 2015 umgesetzt haben will. Eine optimale Lösung für den Weiterbau der B3 – so Schmitt damals – sei unbedingt in Kooperation mit der Bahn zu suchen. Diese Aussage stand in Einklang mit der bisherigen Position der SPD, die in der engen Umfahrung den Nachteil der Landschaftszerschneidung und der zu hohen Belastung für die Anwohner sah.

Dann fing der Wahlkampf an und die **Koalition** zeigt sich als die Partei, die nicht die zügigste und billigste Lösung unterstützt, sondern erst noch einmal prüfen lassen möchte, ob es nicht doch eine Variante gibt, die zukunftsweisender, d.h. verkehrsoökonomisch und städteplanerisch sinnvoll und Anwohner freundlich ist. Die SPD hingegen verkündete plötzlich dreist im [Karbener Spiegel vom Juli 09](#), dass der Beschluss der STVV gegen die Einleitung des Raumordnungsverfahrens nicht nur den zügigen Weiterbau, sondern auch eine weiträumige Umfahrung verhindert habe. In dem SPD-Infoblatt wurde dem Leser weisgemacht, dass die SPD sich von der CDU bezüglich des genauen Trassenverlaufs gar nicht unterscheide, da der Korridor laut Schraffierung bis zum Okarbener Waldrand gehe. In Kenntnis des Sachstands muss hier aber klargestellt werden, dass dieser Korridor gar nicht zur Disposition steht, weil die Vorzugsvariante des Bundes lediglich eine unmittelbar an der Bebauung entlang führende Trasse vorsieht. Hierdurch wird den Bürgern, die das Areal in Okarben nicht kennen, eingeredet, die Straßberger würden zu Unrecht aufbegehren.

Der Zynismus wurde noch getoppt durch die Internetumfrage, bei der das eindeutige Ergebnis herauskam, dass 58 % der 485 abgegebenen Stimmen gegen die enge Umfahrung und 4 % gegen jede Form des Weiterbaus waren. Warum bitte – Herr Schmitt – machen Sie eine solche Internetumfrage, wenn Sie dann über die Bürger hinweg eine Lösung unterstützen, die dem völlig widerspricht???

Ein Straßenbau von einer solchen Tragweite darf nicht zum Wahlkampfthema werden. Eine gewissenhafte Prüfung aller Trassenvarianten muss mit der gebotenen Neutralität erfolgen und darf nicht zur Profilierung des Bürgermeisterkandidaten missbraucht werden.